

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 274.

Mittwoch, den 23. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und
das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Zur Methode kolonialer Ausbeutung.

II.

Bis in die jüngste Zeit hinein war schon die gewalttätige Anwerbung, der einfache Menschenraub, mit skrupelloser Festhaltung der eingeborenen Arbeitskräfte verknüpft. Jetzt scheint dieses gewalttätige Anwerben vorbei zu sein. In der Tat ergibt sich ihre Abschaffung als eine ökonomische Notwendigkeit. Bei stetiger Ausdehnung des Plantagenbetriebes und daher regelmäßig wachsendem Arbeiterbedarf wird diese schöne Institution dadurch unmöglich, daß bei den Eingeborenen durch den Menschenraub erregte Mißtrauen eine regelmäßige Arbeiterzufuhr abschneidet. Tatsächlich wächst nun die Ausdehnung des Plantagenbetriebes und damit der Arbeiterbedarf in den Südkolonien sehr rasch, sogar rascher als die Arbeiterzufuhr. Die angebaute Fläche (meist Kokosnußpflanzungen, daneben Kautschukplantagen) wuchs von 1902-03 bis 1908-09 von 6445 auf 18325 Hektar, das heißt beinahe auf das Dreifache, während die Arbeiterzahl im selben Zeitraum von 4652 auf 8311, also nicht einmal auf das Doppelte angewachsen ist. Der Pflanzler muß also seine primitiven Menschenraubmethoden aufgeben, um Arbeiter in genügender Zahl zu bekommen.

Aber auch ohne diese schmilzt die Zahl der Eingeborenen in den Anwerbegebieten sehr rasch zusammen, namentlich im nördlichen und mittleren Teil von Neu-Mecklenburg und Neu-Hannover. Aus diesem Gebiet stammten 1905/06 1012 von insgesamt 2763 neu angeworbenen Arbeitern, also beinahe die Hälfte. Die Wirkung der Werbearbeit zeigt sich im Bezirk Ravieng (Nord-Neu-Mecklenburg) z. B. darin, daß auf 3000 junge Männer nur 400 Mädchen kamen. Im mittleren Neu-Mecklenburg zählte man 1907 auf 5128 Eltern insgesamt nur 1897 Kinder. Dazu ist festgestellt, daß trotz der großen Kindersterblichkeit der Kinderreichtum früher ein weitaus größerer war. In Abereinstimmung mit Dr. Born, der als Regierungsrat im Auftrag des Gouvernements die Frage der Bevölkerungsabnahme speziell studierte, findet Dr. Thurnwald den ursächlichen Zusammenhang zwischen dieser und der Anwerbung „höchst wahrscheinlich“. Der Zusammenhang ist dieser. Für die Plantagen Kaiser-Wilhelmslands werden in Neu-Mecklenburg viele Frauen angeworben. Insgesamt waren es zirka 625 Frauen, die zwischen 1905/07 für Deutsch-Neuguinea und Samoa angeworben wurden. Und zwar Frauen gerade in gebärfähigem Alter. Die Verührung mit der „Kultur“ fördert bei den Eingeborenen: Abtreibung und Kindesmord. Ferner führt die Verbindung von Frauen zur Verbreitung von Geschlechtskrankheiten. Es ist zwar bei der Entlassung eine ärztliche Untersuchung vorgeschrieben, doch ist diese sehr oberflächlich. Neu-Mecklenburg war schon am frühesten durch Europäer (Walfischfänger) verseucht. Die Wirkung der Verseuchung wird dadurch erhöht, daß es einmal an ärztlicher Hilfe fehlt, daß dann aber die Eingeborenen an sich viel empfänglicher für Geschlechtskrankheiten sind. Diese haben in der Tat schon ganze Gegendentwölkert. In dieser europäischen Kultur Aufgabe kommen noch eine Reihe weiterer aus Europa eingeschleppter Krankheiten, die Wirkung europäischer Kleidung auf die Eingeborenen, der Schnaps usw.

Als Abwehrmittel werden das Verbot der weiteren Ausfuhr weiblicher Arbeitskräfte und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgeschlagen. Ob das aber noch hilft, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß die Kolonisatoren ganze Gegendentwölkert, ja Rassen ausgelöscht hat. Es sei nur an die Tasmanier erinnert, von denen heute nur noch ein paar Schädel in den Museen übrig sind.

Es bliebe dann den Pflanzern nichts übrig, als die „gelbe Gefahr“, die Chinesen in erhöhtem Maße anzuwerben. Schon jetzt werden chinesische Kontraktarbeiter nach Samoa (1123 in 1909) und Deutsch-Neuguinea zugelassen. Die Unperheirateten werden wieder zurückgeschickt, die Verheirateten lassen vielfach sich dauernd nieder. In Deutsch-Neuguinea wird ihnen auf Antrag Pachtländ zugewiesen. Werden sie in Samoa vielfach als Plantagenarbeiter verwendet, so in Deutsch-Neuguinea vor allem als Handwerker, Zimmerleute, Bootsbauer, Schneider, Wäscher. Charakteristisch ist, wie die Entwicklung des chinesischen Selbstbewußtseins die Arbeiter, die zumeist aus Süd-China stammen, „ziemlich anspruchslos“ gemacht hat. Sie lassen sich offenbar nicht geradezu als „Wilde“ behandeln. Sie verlangen „gute Wohnungen, eigene Kost, anständliche Behandlung“. Außerdem gibt die chinesische Regierung gegenwärtig viel härter als früher auf die genaue Einhal-

tung der Arbeitsverträge acht. So ist es kein Wunder, wenn den Pflanzern die Eingeborenen am Ende lieber sind.

Ausrichten können wir nicht viel gegen die Menschenverwüstung, die in den Kolonien getrieben wird. Wir haben sie aber auf das schärfste zu denunzieren. Gegenüber der scharfmacherischen Presse, die uns als „vaterlandslose Gesellen“ auschreit, wenn wir gegen die Kolonialkriege, „Strafexpeditionen“ usw. protestieren, muß immer wieder die Ursache dieser „Revolten“ der Eingeborenen, die naturgemäß sich solange erneuern, bis die Widerstandskraft der Eingeborenen gegenüber der kolonialen Ausbeutung entwehrt gebrochen ist, oder sie selbst vom Erdboden verschwinden sind, aufgezeigt werden. Dann ist schließlich auch zu hoffen, daß das Werk unserer „braven Jungs“ von Soldaten, die sich in den Kolonien im Dienst des Kapitals zur Menschenschlächterei hergeben müssen, in anderem Licht erscheint, als es die bürgerliche Presse bisher zu verbreiten beliebte.

Die Kolonialpolitik und die imperialistische Politik überhaupt ist ja die letzte Flucht des Kapitalismus vor dem heranahenden Sozialismus. Wie das Feuer, so erlischt der Kapitalismus, wenn er nicht ständig neuen Brennstoff findet. Nur indem er wächst, erhält er sich. Ihm diesen letzten Paß abschneiden, heißt also ihn ins Herz treffen. So erklärt es sich, daß alles, was am Kapitalismus überhaupt interessiert ist, sich für die Kolonialpolitik ins Zeug legt, auch wenn die betreffenden Schichten unmittelbar gar kein Interesse an dieser haben. Damit wird die grundsätzliche Bekämpfung der Kolonialpolitik ein Schloß, das sämtliche herrschenden Klassen und ihren Anhang vom Proletariat scheidet.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die erste Sitzung des Reichstages

nach den Sommerferien verlief sehr still und friedlich. Der Präsident, Graf Schöner-Edwitz, den die Natur zum würdevollen Festredner geschaffen zu haben scheint, begrüßte in sympathischer Weise die Kollegen, gedachte der Toten und feierte die drei Senioren des Hauses, darunter den greisen Träger, die während der Sommerpause ihr achtzigtes Lebensjahr zurückgelegt haben. Und dann kam das Geschäftliche heran. Daß Erbsprinz Hohenlohe zurückgetreten, wurde noch einmal notifiziert; ein Termin für die Erbgewahl ist noch nicht anberaumt und noch immer kolportieren Spatzvögel die Kandidatur Bruhn. Das wichtigste Ereignis der ganzen Sitzung, die wenig über eine Stunde in Anspruch nahm, war die Verlesung der eingelassenen Interpellationen. Zwei Interpellationen beziehen sich auf die Fleischsteuerung, eine auf die Königsberger Kaiserrede und die vierte, fortschrittliche, auf die ewig versprochene Privatbeamtenversicherung. Es ist bezeichnend, daß keine bürgerliche Partei die Kaiserreden zum Gegenstand einer Interpellation gemacht hat. Im November 1908 gab es fünf Interpellationen. Die Zeiten ändern sich. Daß außer unserer Fraktion auch die Konservativen über die Fleischsteuerung interpelliert haben, gehört ins Gebiet der Romik. Nach dem Wortlaut der Interpellation zu schließen, scheinen die Agrarier die Fleischsteuerung, die zu leugnen selbst sie schließlich nicht den Mut haben, der — Statistik in die Schuhe schieben zu wollen. Nebenbei natürlich auch dem bösen Zwischenhändler, den die Konservativen nur dann als patriotisch-mittelständisch preisen, wenns gegen die Arbeiter-Kontumvereine geht. Sämtliche Interpellationen stehen an der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung. In der Dienstags-Sitzung wurden nur ein paar ganz untergeordnete Vorlagen teils erledigt, teils an Kommissionen verwiesen, darunter eine Vorlage über Befestigung der Tierkadaver. In der Debatte über diese sprach Genosse Schmidt mit kurzen Worten unsere Zustimmung zur Kommissionsberatung aus. — Am Mittwoch dürfte es lebhafter hergehen, wenn anders die Interpellationen gleich beantwortet werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

hielt am Dienstag vormittag ihre erste Sitzung in der wieder begonnenen Session ab. Genosse Singer begrüßte zunächst die neu eintretenden Mitglieder, die Genossen Göhre, Reil, Faber, Busold und Rünke. Der Fraktionsvorstand wird in seiner bisherigen Zusammensetzung belassen. Für den abwesenden Genossen Sudekum wird Genosse Göhre in die Wertzuwachssteuerkommission delegiert.

Die Fraktion erhebt als drittkräftige Partei Anspruch auf die Stelle eines 2. Vizepräsidenten. Ferner wird die Fraktion darauf dringen, daß ihr eine stärkere Vertretung in den Kommissionen eingeräumt wird. Zu dem Gesetz über die Schiffsabgaben werden als Redner Dr. Frank und Statte bestimmt. In den Senatorenkouve-

tritt Genosse Ditz mit ein. Die Fraktion beschloß außerdem, folgende Interpellation zur Lebensmittelerhöhung einzubringen:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der die Volksgesundheit schwer gefährdenden Lebensmittelerhöhung zu begegnen?“

Redner hierzu sind die Genossen Emmel und Hildebrand. Eine weitere Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun in Ausführung der im November 1908 vom Fürsten Billow als verantwortlichen Reichskanzler und zugleich im Namen des Kaisers dem Reichstage gegebenen Zusicherungen, die durchbrochen worden sind, durch die in diesem Jahre in Königsberg und in anderen Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung abgegebenen Erklärungen?“

Hierzu sprechen die Genossen Ledebour und David.

Die Fraktion nahm ferner Stellung zu der Notlage der Tabak- und Zündholzarbeiter. Da die Geschäftsordnung des Reichstages nicht gestattet, schnelle Anträge auf Reichsunterstützung dieser durch die letzte Finanzreform geschädigten Arbeiter einzubringen, beschloß die Fraktion, in der Budgetkommission bei erster sich bietender Gelegenheit die Einstellung von Mitteln für Unterstützung dieser Arbeiter zu beantragen.

Die Vizepräsidentenfrage im Reichstage

dürfte doch in der Weise ihre Erledigung finden, daß der freikonservative Reichsverbändler v. Drafen mit diesem Amte betraut wird.

Eine Antwort an den Reichsverband

Die in Beamtenkreisen verbreiteten „Deutschen Nachrichten“ kommen in ihrer Ausgabe vom Montag, den 21. November, auf die Klage des Reichsverbandsgenerals von Liebert zu sprechen, daß 1214 Beamte dem Reichsverband den Rücken gekehrt haben. Das Blatt findet viele Austritte erklärlich und berechtigt, denn der Reichsverband hat die Finanzreform, die auch die Beamten schwer bedrückt, als völlig berechtigt hinzustellen sich bestrebt. Über auch noch einen anderen Grund für die Austritte der Beamten finden die „Deutschen Nachrichten“, und der besteht in der Abneigung gegen die Art, wie der Reichsverband den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt. Nach dieser Richtung hin heißt es:

„Vielleicht richtet sich auch derjenige Teil der Beamenschaft, der sich bis heute für den Reichsverband einlegte, allmählich zu der Erkenntnis durch, daß die einseitige Bekämpfung doch nicht immer den erwünschten Erfolg zu zeitigen vermag, daß sie sogar vielfach — wie das die Erfahrung lehrte — der Sozialdemokratie Wasser auf ihre Mühlen geliefert hat, und daß sich dazu die Beamenschaft als ein zu immer ernsthafterer Bedeutung ansteigender politischer Faktor einfach nicht mehr hergeben mag. Das eine jedenfalls beweist der Massenaustritt aus der Beamenschaft, daß sie gewillt ist, den bisherigen Weg zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu verlassen, aber nicht aus der „Kampfbewegung gegen die Feinde aller Ordnung“, wie Herr von Liebert glaubt, überhaupt auszufcheiden.“

Der nationale Wischmasch in Halle a. S.

Im Reichstagswahlkreis Halle a. S. wollen die Konservativen bei den kommenden allgemeinen Wahlen nicht wieder mit den Liberalen gemeinsame Sache machen. Sie wollen sich an einer Kandidatur des Bundes der Handwerker beteiligen; der Kandidat ist auch schon gefunden in der Person eines Buchdruckereibesizers, der als Stadterordneter Vertreter der „nationalen“ Arbeiter ist. Mit diesem hoffen sie in „aussichtsreiche“ Stichwahl zu kommen.

Antisemitische Groberoberungsgelüste

Die Deutsche Reformpartei, unter welcher der spezifisch sächsische Antisemitismus zu verstehen ist, will bei den kommenden Wahlen eigene Kandidaten in den Kreisen Bautzen, Meissen, Dresden-Neustadt und Schopau-Marien-berg aufstellen. Wenn die Antisemiten Glück haben, dann werden sie den Wahlkreis Bautzen halten, denn das sie Schopau-Marien-berg, wo sie eine so furchterliche Niederlage erlitten haben, wieder holen können, erscheint völlig ausgeschlossen. Genau so aussichtslos sind auch die antisemitischen Kandidaturen in Dresden-Neustadt und Meissen.

Die „Kreuzzeitung“ fordert Rechtsbeugung

Der Gang der Verhandlung in Magbit geht der „Kreuzzeitung“ völlig wider den Strich. Das Organ der Linker sieht keine Hoffnungen, die es an diesen Prozeß geknüpft hatte, zuhanden werden. Deshalb wird scharfe Kritik an dem ganzen Verfahren geübt, wie es bisher, in diesem Prozeß zutage getreten ist. Die „Kreuzzeitung“ bemängelt, daß zur Entscheidung des Ablehnungsantrags gegenüber dem Gerichtshof Tage gebraucht werden. Der

artiges müsse in ein paar Minuten erledigt sein. Im Prozeß würden die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt; es käme durchaus nicht darauf an, was die Polizei dort gemacht hat, und was der und jener gesehen habe, sondern nur darauf, was die Angeklagten getan haben. Mit der größten Besorgnis sieht die „Kreuzzeitung“ der Vernehmung der englischen Journalisten entgegen, über deren Mißhandlung ihr an sich schon allzuviel Finte vergossen sei. Selbst wenn diese Journalisten zu Unrecht mißhandelt worden seien, folge daraus noch nichts für die jetzigen Angeklagten. Die ganze Wut des Sunkerblassarts darüber, daß das Wirken der Polizei in Moabit in so grelle Beleuchtung gerückt wird, kommt in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„Solange im Strafverfahren solche Machinationen möglich sind, wie zuletzt in Moabit geübt wurden, solange insbesondere der Gerichtshof nicht die unbedingte Möglichkeit hat, alles, was zur Schuldfrage nicht im unmittelbaren, klaren Zusammenhang steht, nach seinem freien richterlichen Ermessen, ohne daß dagegen Beschwerde gegeben werde, auszuschließen, so lange ferner unsere Strafordnungsvorschriften von Grund aus reformbedürftig.“

Der Streikdirektor Hinzke ist dem Sunkerblassart ganz besonders ans Herz gewachsen. Es macht dem Vorsitzenden im Prozeß Vorwürfe darüber, daß er die Bemerkung des Rechtsanwalts Heine von der Hingelischen Knüppelgarde nicht schärfer zurückgewiesen habe. Schließlich kleidet die „Kreuzzeitung“ ihr Verlangen nach Rechtsbeugung in die folgende Form:

„Der Deutsche denkt in manchem allzu theoretisch. Aus übertriebener Furcht, dem einzelnen könnte Unrecht geschehen, verlegt die Gesetzgebung die allgemeinen Interessen. Das Staatsinteresse erfordert schnelle Justiz, Schutz der Zeugen und sonstigen Staatsbürger gegen Verunglimpfung, Schutz jedes Dritten, sei es einer Behörde oder einer Privatperson gegen Angriffe jeder Art, welche von der Verteidigung rabulistisch in das Verfahren hineingezwängt werden.“

Am angenehmsten wäre diesem Geschlechter, wenn die Angeklagten gleich massakriert würden.

Landtagswahl in Breslau.

Montag fanden die Wahlmännerwahlen für die Landtagswahl im Kreise Breslau-Stadt statt. Es wurden 359 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Bei der letzten Wahl wurden 309 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Sozialdemokraten eroberten 34 neue Mandate. Den konservativen Klerikalen gelang es trotz verzweifelnder Anstrengung nicht, die absolute Mehrheit der Wahlmänner zu erreichen. Sie brachten es auf 843; die Gesamtzahl aller Wahlmänner beträgt 1731. Da die Liberalen eine ganze Anzahl an den schwarz-blauen Block verloren haben, ist der Ausgang der Abgeordnetenwahl am 5. Dezember noch sehr zweifelhaft. Es steht zu befürchten, daß eine schwache klerikal-konservative Mehrheit vorhanden ist, da die Liberalen alle unsicheren bürgerlichen Wahlmänner sich zugezählt haben und so angeblich 530 Wahlmänner aufzuweisen haben.

Ein brauchbarer Professor.

Zwischen dem Professor Ludwig Bernhard und seinen nationalökonomischen Kollegen von der Berliner Universität ist ein Konflikt ausgebrochen. Am 28. Oktober hat dieser Professor Bernhard in der Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung einen Vortrag über die Stellung des Staatsbeamten zum modernen Wirtschaftsleben gehalten. Sein Vortrag war ein Plädoyer für die Großindustrie, die sich politisch mehr betätigen und größeren Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen müsse. Bei dieser Gelegenheit führte er auch einige kräftige Hiebe gegen das „Übermaß der modernen Sozialpolitik“. Das gefährlichste Dogma sei das von der unbegrenzten Tragfähigkeit der deutschen Industrie. Die Arbeiterversicherung koste 1/4 Milliarden, die Verwaltung 65 Millionen und noch immer nehme die Rente zu, so daß die Kosten bald eine Milliarde erreichen würden. Der Vortrag klang aus in einer Verherrlichung der Großindustrie, die man nicht durch staatssozialistische Maßnahmen hemmen dürfe.

Dieser Vortrag hat die anderen Professoren der Nationalökonomie an der Berliner Universität veranlaßt, gegen Bernhard besonders deshalb Stellung zu nehmen, weil er bei seiner Verfassung nach Berlin zugesichert haben soll, er werde sich aller Angriffe gegen den Kathedersozialismus enthalten. Bernhard bestreitet, eine solche Zusicherung gegeben zu haben.

Die Berufung Bernhards ist bekanntlich schon auf höchst eigenartige Weise erfolgt. Der junge Professor wurde vom preussischen Kultusministerium berufen, ohne daß vorher die philosophische Fakultät gehört wurde, und zwar berufen, weil „man“ wünschte, daß Bernhard seine Studien über die Polenfrage fortsetze, wozu ihm hier unter den Augen der Regierung die beste Gelegenheit geboten wäre. So sagte ein Beamter des preussischen Kultusministeriums und gestand damit ein, daß sich Bernhard die Gunst der preussischen Regierung durch seine Schrift über das polnische Gemeinwesen im preussischen Saale erworben hatte. Solche Leute kann die Regierung immer gebrauchen. Sie blieb bei ihrer Berufung trotz Widerspruchs der philosophischen Fakultät und sie wird ihn auch in diesem Konflikt halten, den er als Anwalt der Großindustrie mit seinen Kollegen hat.

Krankenkassen, Aufsichtsbehörde und Unternehmer.

Die Herrschaft der Unternehmer auf dem Gebiete des Krankenzusammenwachsens und die Unterstützung, die sie bei der Aufsichtsbehörde finden, zeigte der Verlauf einer Generalversammlung der Sanitäts-Krankenkasse für das Kaiser- und Anstaltsgewerbe in Bernau. Nicht ohne Schmal der Arbeiter, die sich in früheren Jahren nicht genügend gewehrt hatten, war es den Sanitätsmeistern im Laufe der Zeit möglich geworden, die Kassensätze immer mehr zu vergrößern, und sie fanden damit bei der Aufsichtsbehörde selbst dann Schutz, wenn harkter Zweifel an der gesetzlichen Zulässigkeit aufkommen mußte. So war es gekommen, daß die Arbeiter wohl zwei Drittel der Beiträge zahlten, aber dennoch auf die Erfüllung der Krankheitsgesellen für den letzten Einfluß nicht hatten. Demzufolge ist es notwendig, daß die Krankenkassenreform. Seit dem letzten Jahre kämpfen die Mitglieder um eine Befrei-

ung, leider aber ohne Erfolg. Da die Generalversammlung nicht aus Vertretern besteht, so haben die Mitglieder zwei und die Unternehmer für jeden der von ihnen beschäftigten Arbeiter eine Stimme. Die größeren Unternehmer waren immer zur Stelle und waren die Arbeiter nicht sehr zahlreich erschienen, wurden sie von ersteren immer kraft ihrer vielen Stimmen niedergestimmt. In der letzten Versammlung war ihnen das also nicht möglich, und nun verlangten die Unternehmer für ihre Person noch eine besondere Stimme. Sie waren sehr enttäuscht, als der Vertreter der Aufsichtsbehörde das Begehren der Unternehmer als gesetzlich nicht statthaft erklärte. Anstatt also die freche Annahme abzulehnen zurückzuweisen, meinte der Vertreter der Aufsichtsbehörde:

„Ja, meine Herren, so lange das Gesetz so ist, haben Sie nichts zu sagen, das einzige Recht, welches Sie haben, ist das Wahlrecht.“

Die Generalversammlung gab die richtige Antwort darauf, sie nahm sämtliche von den Kassensmitgliedern eingebrachten Anträge zur Abänderung der Statuten an und gestaltete auch die Vorstandswahl in ihrem Sinne. Zu bemerken ist noch, daß auch in diesem Falle eine Anzahl von der christlichen Gewerkschaft den Unternehmern beistimmte.

Der Kampf gegen die Fleischnot.

Ein aufsehend offiziöses Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin läßt vermuten, daß der bayrischen Regierung auf eine Erleichterung der Einfuhr von Vieh aus Dänemark Folge gegeben wird. Die Reichsregierung steht nach dieser Meldung auf dem Standpunkte, daß Ländern, die im wesentlichen als Viehexporteure gelten, Erleichterungen gewährt werden können.

Zu diesen Ländern gehören Frankreich, Dänemark und auch Holland könne dabei in Frage kommen. Dagegen kann die Einfuhr aus Osterreich-Ungarn nicht gestattet werden, weil die Voraussetzung der Viehfreiheit dort nicht gegeben ist. Die Frage der Verjüngung mit gestrotem Fleisch unterliegt gegenwärtig noch der Prüfung; die Einfuhr von solchem Fleisch ist aber nur möglich durch einen Akt der Reichsgesetzgebung.

Ultramontanes aus Bayern.

Das Zentrum will den bayrischen Verkehrsminister fügen, weil dieser den Süddeutschen Eisenbahnerverband nicht verbietet, unter dessen Tätigkeit die ultramontane Organisation schwer leidet. Die Zentrumspresse gibt freilich als Hauptursache des großen Sturmlaufes an, die Verkehrsverwaltung maßregeln zu Unrecht ultramontane Eisenbahner, während sie den Sozialdemokraten durch die Finger sehe. Besonders erregt stellt man sich über die angebliche Maßregelung des christlichen Eisenbahners Zimmerman, der wegen Agitation in der Werkstätte angeklagt zur Strafe von München nach Regensburg verlegt wurde. Nachdem sich das Zentrum nun bereits wochenlang darüber entrüstet hatte, ist von Zimmermann selbst vor Gericht unter Eid erklärt worden, seine Verurteilung sei nicht als Strafvorgang aufzufassen. Damit ist also der ultramontane Entrüstungsrappel genügend gekennzeichnet.

Der erwähnte Prozeß liefert aber nebenbei noch einen schönen Beweis für die Skrupellosigkeit, mit der die Ultramontanen ihre Gegner verleumden. Ein Münchener Zentrumblatt hatte behauptet, der sozialdemokratische Werkstättenarbeiter Strahlberger, der wegen Zimmermann entlassen wurde, habe gesagt:

„Den Zimmermann den bekomme ich noch, jezt oder später, auf ein paar Jahre Zuchthaus kommt es nicht an.“

Strahlberger stellte deshalb Beleidigungsklage. In der Verhandlung beschwor der christliche Eisenbahner Kaiser, diese Äußerung aus Strahlbergers Mund gehört zu haben. Strahlberger bestreitet das entschieden und auch die beiden anderen Arbeiter, zu denen er die Äußerung getan haben soll, erklärten unter Eid, daß dies nicht wahr sei. Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Frauen einiger christlicher Arbeiter das Gerücht verbreitet hatten, Strahlberger habe sich in der erwähnten Weise geäußert und zum guten Schluß gab dann der Ehemann einer dieser Frauen zu, es sei wohl möglich, daß er selbst einmal so etwas gesagt haben könne. Denn er habe sich gedacht, Strahlberger sei zwölf Jahre in der Zentralwerkstätte gewesen und nun wegen Zimmermann entlassen worden, da wäre es wohl möglich, daß Strahlberger in Zorn gerate und vielleicht Zimmermann das „Snack“ abschlage. Das habe er, Reichertzer, sich gedacht, Strahlberger habe aber nie selbst so etwas zu ihm gesagt!

Der beklagte Redakteur wurde zwar freigesprochen und zwar auf Grund des § 193. Aber in dem Urteil heißt es, die Aussagen Kaisers — der von seinen eigenen christlichen Brüdern als ein Mensch hingestellt wurde, der nicht ernst zu nehmen und dessen Gehirn zerrüttet sei — sei wohl subjektiv einwandfrei, doch halte das Gericht die Möglichkeit eines Irrtums nicht für ausgeschlossen.

Kar keine Vergünstigungs- und Verdammungsstörung.

Die „Köln. Ztg.“ ereizt sich dagegen, daß bei der Bormahme von Kommunalwahlen der Wahltermin auf einen Sonntag festgesetzt wird und zwar, wie sie ganz offen zugesteh, deshalb, weil die Erfahrungen in Frankfurt a. M. gezeigt hätten, daß die Beteiligung der Arbeiter an Sonntagen eine stärkere sei als an Wochentagen. Sie schreibt:

„Die Sonntagswahl, die für die Hauptwahlen diesmal eingeführt wurde, da der Magistrat dem Wunsch der Stadtverordnetenmehrheit nachgegeben war, hat sich als eine einseitige Maßnahme zum Gunsten der bürgerlichen Parteien herausgestellt. Die sozialdemokratische Stimmenzahl wird nicht vergrößert, wohl aber die bürgerliche vermindert, da viele bürgerliche Wähler am Sonntag verreist sind oder aus anderen Gründen ihr Wahlrecht nicht ausüben. Eine nachweisbare Folge der Sonntagswahl ist der Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten in drei Bezirken, bei einer Sonntagswahl wäre die Zahl der sozialdemokratischen Mandate in der Hauptwahl nicht nur nicht um zwei vergrößert, sondern wahrscheinlich verringert worden. Neben diesem Ergebnis der Sonntagswahl haben sich noch selbständige dadurch ergeben, daß die Abwidlung der ublichen Wahlarbeiten der Parteien durch die Bestimmungen über die Sonntagswahl erschwert, teilweise sogar unmöglich gemacht

wird. So ist denn einmütig der Wunsch in allen Kreisen der Bürgererschaft vorhanden, daß eine Wiederholung des Versuches unter keinen Umständen statfinden darf. Er hat weiter nichts als eine einseitige und ungerechte Unterstützung der Sozialdemokratie, daneben eine Schonung der sozialdemokratischen Parteiführer gebracht, da unbezahlte Hilfskräfte der Sozialdemokratie nur Sonntags in dem erforderlichen Umfange zur Verfügung stehen.“

Die Gründe sind, wie man sieht, sehr gewichtige. Weil der wohlhabende Bürger sich am Sonntag nicht gern seine Ausflüge und Spaziergänge einschränkt oder sich nicht gern in seiner Verdauungstätigkeit stören läßt, während der Arbeiter solche Rücksicht auf Vergnügen und Bequemlichkeit nicht nimmt, deshalb darf die Wahl nicht am Sonntag stattfinden. Es geht doch nichts über die großzügige ideale Politik der „nach Bildung und Besitz Maßgebenden“.

Rußland.

Scht Ruffisches. Der Ministerpräsident Stolypin hat an die Duma den Antrag auf Ausschluß des Genossen Tschcheidse gestellt. Die Einzelheiten seines Antrages sind derart, daß man sich unwillkürlich fragt, aus welchem Tolkhaus der Autor dieses Antrages entsprungene sein könnte. Stolypin ließ durch seine Presselakalen in die Welt hinaus telegraphieren, der Führer der sozialdemokratischen Dumafraktion sei auf Grund „falscher Dokumente“ in die Duma gewählt worden. Man entpuppt sich aber die ganze Staatsaktion als eine ganz blödsinnige Intrigue des gescheiterten Ministerpräsidenten. Schon seit der Wahl des Genossen Tschcheidse machte die Regierung die größten Anstrengungen, um seine Wahl als nichtig zu erklären. Zu diesem Zweck wurde der Polizeikommissar, der dem Genossen Tschcheidse ein Zeugnis ausgestellt hatte, daß er länger als ein Jahr eine Wohnung in Tiflis innehatte und darum wahlberechtigt sei, zur Verantwortung gezogen, daß er ein falsches Dokument ausgehändigt habe. Der Polizeikommissar wurde in zwei Instanzen freigesprochen, bis der geübte Senat das Urteil kassierte und dem Polizeibeamten eine Rüge erteilte. Ein formeller Vorwand war nun vorhanden, obgleich inzwischen schon Verjährung eingetreten war. Wie blödsinnig übrigens die ganze Anklage ist, ist schon daraus ersichtlich, daß Genosse Tschcheidse schon vor den Wahlen für die Duma als Stadtverordneter in Tiflis fungierte und darum jedenfalls wahlberechtigt war. Man kann gespannt sein, wie die Duma, die soeben noch die Wahl des neuen Abgeordneten von Odessa, Baron Reno, der mit Hilfe der Fäuste und Stöcke der Schtruppen gewählt wurde, bestätigt hat, auf den Ausschlußantrag Stolypins reagieren wird.

Portugal.

Ausweisung der Jesuiten aus den Kolonien. Die Regierung in Lissabon hat dem Gouverneur und dem Bischof von Maco telegraphisch Anweisung gegeben, den Erlaß über die Ausweisung der Jesuiten unverzüglich zur Anwendung zu bringen. Ein Teil von diesen wird sich nach Brasilien, die anderen nach Cochinchina und dem englischen Indien begeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 28. November.

Mehr Steuergelder für den Musikverein. Dem Bürgerausschuß ist eine Senatsvorlage zugegangen, die sich mit der „Schaffung geordneter Orchesterverhältnisse“ wie der Titel lautet, befaßt. Es handelt sich hauptsächlich darum, dem Musikverein die Mittel dafür zu bewilligen, daß er mit dem aus 89 Musikern bestehenden Stamm seines Orchesters und dessen Dirigenten Jahresverträge abschließen kann. Im Sommer soll das ganze Orchester in Travemünde als Korpapelle für eine vom Finanzdepartement zu zahlende Entschädigung von 22500 Mk. tätig sein. Der Senatsantrag geht nun dahin: 1. daß dem die Schaffung geordneter Orchesterverhältnisse in Lübeck betr. Verträge zwischen dem Finanzdepartement und dem Verein der Musikfreunde vom 14. Oktober 1910 die Mitteneinmigung erteilt werde, sowie 2. daß die dem Verein der Musikfreunde nach Maßgabe des unter 1. erwähnten Vertrages aus öffentlichen Mitteln zu gewährenden Beiträge bis zur Höhe von 34900 Mk. für das Jahr 1911/12, von 37700 Mk. für das Jahr 1912/13 und von 38500 Mk. für das Jahr 1913/14 in die Voranschläge der betr. Rechnungsjahre eingestellt werden. — Es ist zu erwarten, daß die Bürgerschaft diesem Antrage zustimmen wird. Theater und Musik kosten uns heute schon so horrenden Summen, daß es doch wohl endlich einmal an der Zeit ist, ein Halt zu machen, zumal Konzerte und Theater hauptsächlich einem kleinen Kreise der Besitzenden zugute kommen. Die große Masse hat wenig davon.

Die „Erwerbssteuer“ als Vorlage, wie sie der Bürgerausschuß unter Ablehnung der Gewerbe- und Warenhaussteuer vorschlägt, ist nunmehr den Bürgerausschüssen in einer umfangreichen Drucksache zugegangen. Wir werden den Gesetzentwurf sowie den gleichfalls befürworteten Fiktionalsteuerentwurf demnächst zum Abdruck bringen. Für heute sei aus der Vorlage mitgeteilt, daß von der Erwerbssteuer außer den Reichsbeamten befreit sind alle diejenigen, die von der Einkommensteuer nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes befreit sind, und weiter, wer unter Einfluß seines steuerfreien Einkommens zur Einkommensteuer mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark veranlagt ist. Die Erwerbssteuer wird erhoben von einem Erwerbseinkommen, das mehr als 100 Mk. jährlich beträgt. Die Erwerbssteuer beträgt für ein Jahreseinkommen bis zu 1600 Mk. 5 Mk., von über 1600 Mk. einen Einheitsatz der Einkommensteuer für ein entsprechendes Jahreseinkommen. Die Einkünfte der Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung aus ihrer Tätigkeit als Arbeiter bleiben bei der Berechnung des Erwerbseinkommens außer Anschlag. Was als Erwerbseinkommen zu gelten hat und was nicht, wird in der Vorlage detailliert dargelegt. In dem Bericht der Bürgerausschußkommission heißt es: Die am 13. April 1909 gewählte Kommission hat sich in vier Versammlungen eingehend mit dem Gegenstand beschäftigt. Bei der allgemeinen Beratung stellte sich jedoch heraus, daß der vom Senate dem Bürgerausschuß zur Begutachtung vorgelegte Entwurf der gemeinsamen Kommission betreffend Gewerbesteuer eine Mehrheit in der Kommission nicht finden werde, weil die Mehrheit der Kommission die Grundlagen des Gesetzes nicht billigte. Da man jedoch darin übereinstimmte, daß die Einnahmen des Staates mit Rücksicht auf die gesteigerten Ausgaben vermindert werden müßten, und da es schien, daß vielleicht ein Gesetz in der Kommission

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 22. November 1910.

88. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Delbrück, Lisco, Kraetke, Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung, und begrüßt die Abgeordneten. Er teilt dann mit, daß während der Unterbrechung der Tagung die Abgeordneten Zimmerman (Ant.), Dettlo (Nat.), Schmidt-Warburg (Zentr.), Dr. von Scarfsindl (Volk), Arndt-Labiau (Kons.) gestorben sind. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise.

Sozialdemokratische Interpellation über die Königsberger Kaiserrede.

Eingegangen ist folgende Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.):

Was gedenkt der Reichskanzler zu tun in Ausführung der im November 1908 vom Fürsten Bülow als verantwortlichem Reichskanzler und zugleich im Namen des Kaisers dem Reichstag gegebenen Zusicherungen, die durchbrochen worden sind durch die in diesem Jahre in Königsberg und an anderen Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung abgegebenen Erklärungen.

Sozialdemokratische Interpellation über die Fleischnot.

Eingegangen ist ferner folgende Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.):

Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um der die Volksgesundheit schwer gefährdenden Lebensmittelteuerung zu begegnen?

Den gleichen Gegenstand behandelt folgende konservative Interpellation:

In den letzten Monaten ist eine bemerkenswerte und bedauerliche Verteuerung des Fleisches in vielen Städten eingetreten. Ist der Herr Reichskanzler bereit, die schweren Gefahren darzulegen, die von einer Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh der deutschen Viehzucht im Allgemeinen drohen, sowie der Aufrechterhaltung des Veterinärsehens und einer ausreichenden Fleischversorgung.

Welche Maßnahmen hält der Reichskanzler für möglich, um der bedauerlichen Steigerung der Kleinhandelspreise von Fleisch in den Städten zu begegnen, und will er eine vergleichende Übersicht über die Kleinhandelspreise von Fleisch in den wichtigsten Ländern Europas vorlegen?

Die Interpellationen sollen auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werden.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die durch die neue Strafprozessordnung veranlaßten Änderungen des Gerichts-Kostengesetzes.

Die Vorlage geht nach unwesentlicher Debatte an die Strafprozesskommission.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über den Schutz des Reichsbanknotenpapiers.

Dr. Arndt (Rp.) und Ortel (N.) wünschen ein den ästhetischen und praktischen Ansprüchen besser genügendes Banknotenpapier.

Die zweite Lesung der Vorlage findet im Plenum statt.

Die Beseitigung von Tierkadavern. Staatssekretär des Inneren Dr. Delbrück: Das Gesetz entspricht einer Anregung des Reichstages bei der Beratung des Viehseuchengesetzes. Es geht von der Erkenntnis aus, daß bei der Bedeutung der ungenügenden Beseitigung der

Kadaver für die Viehseuchenverbreitung die Gesetzgebung des Reiches und der Einzelstaaten nicht mehr den Anforderungen entspreche, welche im sanitäts- und veterinärpolizeilichen Interesse gestellt werden müsse. Es muß von Reichs wegen der Grundlag aufgestellt werden, daß eine unschädliche Beseitigung der Kadaver zu erfolgen hat. Das Gesetz regelt die Mindestforderungen, die in dieser Hinsicht zu stellen sind.

Siebenbürger (K.) erklärt sich im Interesse der Landwirtschaft mit der Vorlage einverstanden.

Fischbeck (Wp.) begrüßt das Gesetz im Interesse der Volksgesundheit. Die Befugnis des Bundesrats, zu gestatten, daß Teile von Viehkadavern von Privaten benutzt würden, soll eben mit großer Vorsicht angewandt werden, damit nicht das Gegenteil von dem herauskommt, was das Gesetz bezweckt.

Neuner (N.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage im allgemeinen sympathisch gegenüberstehen.

Scheidemann (Sd.) : Zu den ästhetischen Genüssen höherer Art, die uns in der Viehseuchenkommission beschert worden sind, gehören auch die schöngestalteten Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit der Tierkadaver- und Kadaverenteile. Die Regierung scheint in ihrer Vorlage im großen und ganzen das Richtige getroffen zu haben. Einige Einzelheiten werden wohl am besten noch in einer Kommission von 14 Mitgliedern zu prüfen sein.

Vahrenhorst (Kpt.) spricht sich ebenfalls für Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern aus.

Die Überweisung wird beschlossen.

Vizepräsident Dr. Spahn teilt mit, daß eine fortschrittliche Interpellation eingegangen ist:

Kann der Reichskanzler erklären, ob im Laufe der nächsten drei Monate dem Hause eine Vorlage über die Versicherung der Privatbeamten zugehen wird? (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Interpellation über Fleischsteuerung, Kaiserrede und Privatbeamtenversicherung, Konservativer Mittellandsantrag. Schluß 3¼ Uhr.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Zu Beginn der Dienstsitzung teilt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lieber mit, daß der Angeklagte Zollmann ein Telegramm erhalten hat, seine Mutter sei gestorben. Das Gericht hat deshalb beschloffen, ihn aus der Haft zu entlassen. Aber das selbe Beweistema wie am Montag Fischer und Werner, nämlich, daß die Leitung der sozialdemokratischen Partei, des Metallarbeiterverbandes und des Transportarbeiterverbandes die Unruhen und Tumulte nicht geleitet und nicht gewünscht, anfänglich auch nicht gekannt hat, wird dann zunächst das Mitglied des Parteivorstandes Ebert vernommen. Er legt dar, daß der Partei ihrer ganzen Natur nach und wie aus ihrer Geschichte hervorgeht, niemals Unruhen bei Streiks erwünscht sein können. Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht meint, daß es doch auch radikalere Elemente in der Partei gibt. Der Zeuge erklärt, für die Partei sei maßgebend nur das Parteiprogramm und die Parteitagebeschlüsse. Abgesehen hiermit bei der Verwerfung der Gewaltanwendung vollste Einheitlichkeit in der sogenannten radikalen und der sogenannten revisionistischen Auffassung. Das hat sich auch auf dem letzten Parteitag, wo bei der Diskussion des Massentreibs die sogenannte radikale Richtung in ausgiebigster Weise zu Worte kam, gezeigt. Bei den Unruhen, die sich an den Streik bei der Firma Morgenstern am Wedding knüpften, hat die Berliner Parteileitung einen Aufruf erlassen, die organisierten Parteigenossen sollten sich fernhalten. Die Anklage schließt hieraus, daß die sozialdemokratische Partei auf das Ende der Unruhen Einfluß und daher sie wohl auch veranlaßt hat. Der Zeuge sagt aus, daß der Grund dieses Aufrufs die Ausnutzung der Moabiter Vorfälle gegen die Partei war. Auf die Frage der Verteidiger

verbreitet sich der Zeuge über die Bildungsbestrebungen für die Jugend seitens der Partei und die Geminnisse, die sie von der Polizei erfahren. Die Aussagen der Zeugen Redakteur Strobel, ferner Umlauf und Boersch decken sich mit den Aussagen Eberts.

Es wird dann der Arbeiter Budgetereit vernommen, der zu den Streikenden bei der Firma Kupfer u. Co. gehörte und jetzt wieder bei dieser Firma arbeitet. Er war zweiter Vertrauensmann während des Streiks und hatte die Streikposten zu kontrollieren. Diese sind stets angewiesen worden, sich ruhig und anständig zu verhalten, und sie haben das auch, soweit durch Zeugen bekannt, getan.

Es folgt dann die Vernehmung des Geschäftsführers der Firma Kupfer u. Co. Buchmeier. Er schildert den Streik, der nach seiner Meinung vom Verband inszeniert worden ist; denn die Arbeiter hätten ja gar keine Forderungen. Auf die Frage der Verteidiger muß er diese Aussage einschränken, sie hätten teilweise keine Forderungen gehabt, und damit meint er die Akkordarbeiter. Er muß aber zugeben, daß für diese der Firma Forderungen eingereicht waren. Interessant ist, daß er die Bemerkung in dem Antwortschreiben der Firma auf die Forderungen der Arbeiter, sie müsse sich erst mit dem Aufsichtsrat in Verbindung setzen, für eine hinhaltende erklärt. Die Firma hat sich nicht mit dem Aufsichtsrat in Verbindung gesetzt; schwarze Listen kennt der Zeuge nicht, aber er gibt zu, daß die Streikenden dem Arbeitgeberverband bekannt gegeben sind. Mit dem Verband wollte die Firma nicht verhandeln, es sei Gepflogenheit bei Herrn Sinner, der ja hinter der Firma steht, mit Arbeitnehmerverbänden nicht zu unterhandeln. Auf die Frage des Rechtsanwalts Seine, ob er sich denn niemals gefragt hat, ob denn die Leute mit einem Lohn von 43 Pf. pro Stunde auch auskommen können, meinte er, das wäre seine Privatmeinung, deswegen könnten doch höhere Löhne nicht bewilligt werden. Gefragt, warum die Firma die vom Oberbürgermeister Kirschner und die vom städtischen Einigungsamt angebotene Vermittlung abgelehnt hat, erklärt der Zeuge, das hat deswegen geschehen müssen, weil die Firma sich dann von vornherein hätte bereit erklären müssen, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen.

Hierauf beantragen die Verteidiger, Herrn Oberbürgermeister Kirschner als Zeugen zu laden darüber, daß die von ihm angebotene Vermittlung von der Firma in schriftlicher Weise zurückgewiesen worden ist, und ferner den Magistratsrat Schulz und den Professor Franke, Herausgeber der „Sozialen Praxis“ als Sachverständigen darüber zu vernehmen, daß das Verhalten der Firma bei dem Angebot der Einigungsverhandlungen sozialpolitisch außerordentlich rückständig und selbst von dem größten Teil der Metallindustriellen nicht mehr geübt wird.

Der nächste Zeuge, Genosse Köstler, der Obmann der Berliner Gewerkschaftskommission, hörte, von einer Reise zurückgekehrt, daß der Streik ausgebrochen war und hat sofort Schritte unternommen, um die Vermittlung des Gewerbegerichts anzurufen. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr von Schütz, hat sich auch dazu bereit erklärt. Auf die Anfrage der Verteidigung, ob es den Gewerkschaften lieb ist, wenn es bei Streiks zu Unruhen kommt, erwidert der Zeuge: Nein, im Gegenteil! Die Gewerkschaften haben das größte Interesse daran, daß Differenzen friedlich erledigt werden. Aus diesem Grunde streben sie ja auch Tarifverträge an.

Weiter werden als Zeugen die Lagerhalter der Firma Kupfer vernommen, die jedoch Wesentliches nicht beibringen können. Sie behaupten, daß die Kohlenwagen auf der Straße mit Steinen bemorfen sind, daß die Führer belästigt wurden und daß deshalb polizeilicher Schutz erbeten und gewünscht sei. Aber ob Streikende sie belästigt haben, wissen sie nicht.

Einige der streikenden Arbeiter, die als Zeugen geladen sind, machen nähere Mitteilungen über die Ursache und den Ausbruch des Streiks. Es geht daraus hervor, daß die Firma jede Unterhandlung mit dem Verband abgelehnt hat und von einer Lohnerhöhung nichts wissen wollte.

Der Arbeiter Kandell, Vorsitzender des Arbeiterausschusses der Löwelchen Fabrik, macht interessante Angaben über

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Rußlands Revolutionstagen.

Von Friedrich Thiem.

17. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Alberts Horn war inzwischen verrückt, er sah gefast und stül im Wagen und hat nur, ihm die Fesseln abzunehmen, er werde keinen Versuch machen, zu entweichen. „Kennen wir“, meinte lakonisch einer seiner Transporteure.

„Auf der Wache wird sich meine Unschuld herausstellen, Sie tragen selbst die Schuld, wenn Ihnen Unannehmlichkeiten aus meiner Behandlung erwachsen!“

„Wir tun nur unsere Pflicht!“

Der Wagen hielt vor dem Polizeibureau. Albert wurde hereingeführt, man wollte ihn in eine Zelle bringen, er verlangte aber unter allen Umständen einen Vorgesetzten zu sprechen.

„Ich begehre, daß man sogleich Monsieur Didier aus der Rue de la Paix herbeirufe. An ihn bin ich verwiesen, er wird mir die Wahrheit meiner Angaben bezeugen.“

Der Polizeileutnant, welchem darauf der Verhaftete vorgeführt wurde, hörte aufmerksam seine Erzählung an.

„Es hängt alles vom Ergebnis der Koffer-Untersuchung ab“, entschied er sich nach reiflicher Erwägung. „Falls Sie wirklich der gesuchte Flüchtling und Defraudant sind, so werden sich wahrscheinlich in dem Koffer dafür Beweise finden. Ich wundere mich, daß Kommissar Rossignat nicht wiederkommt. Auf ihn und die beiden Herren müssen wir jedenfalls warten.“

Albert mußte inzwischen auf einer Bank Platz nehmen. Eine volle Stunde verging, der Kommissar kehrte nicht zurück.

„Ich fürchte“, erklärte der Deutsche dem Polizisten Seneur, er wird überhaupt nicht kommen, denn die beiden Schäfte haben ihn wahrscheinlich nach Ihrem Weggang einfach niedergeschlagen und den Koffer mit fortgenommen.“

Der Kriminalbeamte, der inzwischen selbst bedenklich geworden war, gab diese Äußerung an den Leutnant weiter, worauf dieser ihn und Baccard beauftragte, sich auf der Stelle wieder nach dem Hotel zu begeben. Wieder verging eine halbe Stunde, dann langten die beiden Seneur mit ihrem Vorgesetzten an, den sie in einer

Droschke mit sich führten. Der arme Kommissar trug den Kopf mit einem weißen Tuche verbunden und konnte alle seine Angaben nur noch mit matter, schwacher Stimme machen.

„Es war in der Tat so, wie der Prokurist vermutete. Nachdem seine beiden Begleiter mit dem Arrestanten verschwunden waren, nahm der Kommissar den Koffer des Verhafteten in Beschlag. Die diesem abgenommenen Schlüssel waren in seiner Hand, er beugte sich über den Behälter, das erste Schloß zu öffnen. Hinter ihm standen Joanescu und Wschoff. Möglich, als er eben den Schlüssel herumdrehen wollte, erhielt er von hinten einen fürchterlichen Schlag auf den Kopf, der ihn sofort betäubt zu Boden streckte. Er lag nur noch in halber Bewußtlosigkeit, wie der angebliche Defraudant den Koffer packte und die Schlüssel einsteckte, der tiefenklare Wschoff sich auf ihn warf — dann erlöschten seine Sinne. Als er wieder zu sich kam, fand er sich an Händen und Füßen gebunden, mit einem Knebel im Munde — die beiden Russen aber waren mit dem Koffer verschwunden. Erst durch die wiederkehrenden Beamten wurde er aus seiner qualvollen Lage befreit. Seine Verletzung war nicht gefährlich, nur der Kopf würde ihm voraussichtlich noch einige Tage bedenklich brummen.“

„Sie haben unvorsichtig gehandelt, Herr Kollege“, äußerte sich der Polizeileutnant. „Sie mußten immerhin mit der Möglichkeit eines Gaunerstückes rechnen.“

„Hinterher ist das leicht gesagt“, entgegnete der Kommissar achselzuckend. „Die Herren kamen vor einigen Stunden hierher, wiesen ihre Legitimationen vor, die sich in promptester Beschaffenheit befanden, und stellten den Antrag auf Festnahme eines Defraudanten, der dem Herrn Wschoff mit einer großen Menge Kleinodien und Kostbarkeiten durchgegangen sei. Sie hatten keine Spur verfolgt, er sei in einem Hotel abgesehen, das sie mir bezeichneten. Es war meine Pflicht, den angeblichen Verbrecher zu verhasten, umso mehr, da der russische Kollege in den mir vorgelegten Papieren vom Polizeidirektor in Moskau ganz besonders beglaubigt wurde. Dem Abgesandten einer verbündeten Macht ist man doppelt gern gefällig, und ich habe bereits in zahlreichen Fällen ähnlichen Gesuchen stattgegeben. Zeit war auch nicht zu verlieren, wer konnte einen solchen Trick voraussetzen?“

„Es war ein Meisterstück“, bemerkte der Leutnant lächelnd. „Aber verfluchen wir keine Zeit, der Spitzhaken habhaft zu werden — und Sie,

Seneur, zitterten unverzüglich. Den Herrn Juwelier Didier hierher, damit er den Herrn, von dessen Unschuld ich nunmehr überzeugt bin, rekonstruiert.“

Albert wurde sogleich der ihm angelegten Fesseln entledigt und nur gebeten, sich bis zur Ankunft des Monsieur Didier zu gedulden. Diese erfolgte nach Verlauf von etwa einer Stunde. Der Juwelier, ganz das Ebenbild seines Bruders, erschien mit verstorbenem Anitz und vermochte seine Erklärungen anfangs nur stammelnd abzugeben.

„Allo wirklich?“ rief er entsetzt, „noch im Hafen gescheitert?“

„Leider“, entgegnete der Prokurist ernst. „Nachdem ich unendliche Schwierigkeiten überwunden habe und mehrmals nur mit Mühe dringender Lebensgefahr entgangen bin.“

„So ist es wahr, dieser Herr ist der Beauftragte Ihres Bruders, des Monsieur Arnaud Didier in Odessa?“

„Gewiß, meine Herren — hier ist der Brief, durch welchen er mir avisiert wird und den ich vorgestern empfangen habe. Ich war in Todesangst ob des Gelingens des waghalsigen Unternehmens — o mein Gott, nun ist alles verloren — Pretiosen im Werte von fast zwei Millionen Francs sind den Glenden in die Hände gefallen!“

„Wir werden ihnen die Deute wieder abfragen“, tröstete der Leutnant.

Albert Wagandt war frei — wenige Minuten später fuhr er im Wagen des Juweliers mit diesem nach dessen Haus in der Rue de la Paix.

VIII.

In einer entlegenen, verrufenen Kneipe der Gite Doree treffen wir Joanescu und Wschoff wieder, die sich mit dem endlich gewonnenen Koffer in ein verdicktes Hinterstück zurückgezogen haben und hier mit Gefächern, von denen Strahlen des Entzückens zugleich mit bligen brennender Bier ausgehen zu dem aufregenden und doch beglückenden Geschäft der Unterlungung und Teilung schreiten.

„Wenn du vernünftig bist, Kamerad“, zischelte Wschoff seinem Gefährten ins Ohr, „so machen wir einfach Dalapart — wir beide haben die Hauptarbeit geleistet und Kopf und Krugen dabei zugelegt. Was gehen uns die anderen an.“

Der Graf ließ ein entschiedenes „Nein“ vernehmen. (Fortsetzung folgt.)

Befristungen, denen die von der Arbeit heimkehrenden Arbeiter der Arbeiterfabriken von der Polizei ausgehört worden sind. Der Arbeiterausschuß hatte ursprünglich beabsichtigt, eine Beschwerde beim Polizeipräsidenten einzureichen, aber auf Anraten der Direktion davon Abstand genommen. Zeuge für diese verschiedene Fälle von Mißhandlungen durch die Polizei und betont nachdrücklich, daß er selbst gesehen habe, wie Kriminalbeamte mit erhobenen Revolver die auf den Balkons sitzenden Leute bedroht hätten.

Ein von der Staatsanwaltschaft als Belastungszeuge geladener Kaufmann Schulz bemüht sich, den Schuflenten das beste Zeugnis zu geben und betont die Ruhe, mit der Schuflente sogar Steinwürfe des Publikums ertragen hätten. Er muß aber, von den Verteidigern in die Enge gedrückt, zugeben, daß er gesehen hat, wie von Schuflenten auf Zivilpersonen, die ruhig aus einem Restaurant kamen, eingeschlagen wurde.

Die Weiterverhandlung wird auf Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Ein Ausgetretener. Aus der Partei und aus dem Deutschen Textilarbeiterverband ausgetreten ist nach einer in der gegnerischen Presse veröffentlichten „Erklärung“ der ehemalige Sozialbeamte der „Mühlhauser Volkszeitung“ und noch früherer Sozialbeamte des genannten Verbandes Jean Meh aus Mühlhausen i. Elsaß. Wie tief gesunken der Ausgetretene ist, beweist, daß er in der Mühlhauser Unternehmerpresse allerlei dunkle Anschuldigungen gegen den Verband und die Partei veröffentlicht. Aus dem Parteibetrieb wurde der Exgenosse mit seiner persönlichen Zustimmung durch die Pressekommmission entfernt, weil sein moralisches Verhalten das bedingte. Seine früheren Kollegen, die Textilarbeiter Mühlhausens, haben sich mit den Verdächtigungen des Meh beschäftigt und einstimmig eine Resolution angenommen, daß sie es nicht für notwendig halten, sich mit einem derartig heruntergekommenen Exkollegen weiter auseinanderzusetzen. Eine große Aktion scheinen die gegnerischen Parteien mit dem neugewonnenen Bekämpfer der Sozialdemokratie danach nicht gemacht zu haben. Die Partei kann froh sein, daß sie einen derartigen Menschen los ist.

Ein drastisches Urteil. Von der Strafkammer Dortmund wurde am Sonnabend der verantwortliche Redakteur der Dortmunder „Arbeiterzeitung“, Genosse Ernst W. H. H., wegen verleumderischer Behauptung des Vikars Hesse in Kaurel zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die „Arbeiterzeitung“ hatte ein Gerücht, das in Kaurel außerordentlich stark verbreitet war, wiedergegeben, wonach es mit der Sittlichkeit des Herrn Vikars nicht zum besten bestellt sein sollte. Es wurde behauptet, der Vikar sei bei einer Witwe, die mit ihrer jüngeren Tochter allein wohnt, oft bis spät in die Nacht hinein gewesen und oft ganze Nächte dort geblieben, und weiterhin folgte der Vikar mit verschiedenen anderen Mädchen geschlechtlich verkehrt haben. Die Gerüchte waren von seiner Wirtschaftlerin in Umlauf gesetzt worden. In der Zeugenernehmung wurde der Geschlechtsverkehr des Vikars allseitig bestritten, er gab zu, bei jener Witwe verkehrt und auch dort übernachtet zu haben; er habe die Tochter in Kunst und Literatur unterrichtet und da er an einer Herzkrankheit leide, die mit Angstgefühlen verbunden sei, habe er abends, wenn es spät geworden sei, seine Wohnung nicht mehr aufgesucht. Er habe dann aber immer im Fremdenzimmer übernachtet. Die Tochter der Witwe hat, wie sie sagt, im Auftrage ihrer Mutter einmal einen „besonders ermuten“ Brief an den Vikar geschrieben, der beginnt: „My Darling! (Mein Lieblicher!) Rauchend schreibe ich diesen Brief!“ Positives über irgendwelche Verfehlungen des Vikars war nicht festzustellen, nur ist er wiederholt aufgefahrt worden, gegen das Gerücht einzuschreiten, ohne auf diese Aufforderungen zu reagieren. Der Staatsanwalt beantragt 8 Monate Gefängnis, da an allen frivolen Behauptungen absolut nichts dran sei. Das Gericht kam zu der genannten Strafe von 6 Monaten Gefängnis.

Reichstagskandidatur im I. württembergischen Wahlkreis. In einer Sonntagvormittag in Stuttgart abgehaltenen, von etwa 1000 Mitgliedern besuchten Parteivollversammlung wurde der feierliche Abgeordnete, Genosse R. Hildenbrand, mit allen gegen drei Stimmen wieder zum Kandidaten vorgeschlagen. Die drei gegnerischen Stimmen entfielen auf den Genossen Dr. Dunkel. — Da auch in den übrigen Mitgliedschaften des Kreises kein Gegenantrag zur Annahme gelang, wird Genosse Hildenbrand nunmehr unter Verzicht auf die Wahlprüfung vom Kreisvorstande als Kandidat proklamiert werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Mit der Brauerei Hammer in Planen i. W. haben die Brauereiarbeiter schon 1903 einen hartnäckigen Kampf um das Koalitionsrecht führen müssen. Sie unterliegen demalß. Trotz aller Vorsicht bei Neueinstellungen und aller Kontrolle über die Beförderung der Arbeiter sind sie jetzt wieder dem Brauereiarbeiterverbande angeschlossen und beschäftigen sich mit der Aufstellung eines Tarifs. Sobald das Herr Hammer eintrifft, entläßt er zwei Mitglieder der Tarift Kommission; auch wurde von den übrigen Arbeitern der Austritt aus der Organisation verlangt. — So steht der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband jetzt wieder im Kampfe mit dieser Firma wegen dieser offensichtlich ungünstigen Regelung.

Zum Streik in der Sieseler Wäschebranche. In der letzten Woche befanden sich in der Sieseler Wäschebranche die Wäschebrenner und Arbeiterinnen im Kampfe, ohne daß irgend eine Änderung im Stande der Dinge eintrat. In der letzten Woche versuchte zwar der Gewerbeinspektor Verhandlungen in die Wege zu leiten, sein Vermögen scheiterte jedoch an der hartnäckigen Ablehnung einiger Fabrikanten. Was in den nächsten Tagen ein Abschluß der Bewegung nicht ersichtlich, dann ist mit einem langen Kampfe zu rechnen, da ja die Weihnachtstagen für die Arbeiter verloren sind. Perseverante Anstrengungen machen die Unternehmer um die Arbeiterinnen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen; bisher hatten sie damit allerdings wenig Glück. Nur wenige Arbeitswillige haben sich gefunden, sonst halten sich die Streikenden bis jetzt zurückhaltend. Auch nach Berlin werden die Unternehmer Streikarbeit unterbringen; auch das mißlingt, da die Arbeit dort, nachdem sie als Streikarbeit erkannt worden war, zurückgewiesen wurde. Die Streikenden werden von der Polizei nicht unbehelligt gelassen und es sind schon eine Menge Anzeigen gegen sie eingegangen. In Streik befinden sich noch 65 Wäschebrenner und 100 Arbeiterinnen, die im Verband der Schneider und Wäschebrenner organisiert sind, dazu kommen noch 200 bis 300 unorganisierte Arbeiterinnen.

Ein erfolgreicher Arbeiter-Verkehrsverein. Die im Landkreise Verbands organisierten Verkehrsvereine der Arbeiter in Halberstadt haben nach Ablauf ihres auf ein Jahr lautenden Arbeitsvertrages am 10. November d. J. eine Vereinbarung mit 1. M. pro Woche (bisherige Lohn war 12 M.) und Begünstigung der Arbeiterinnen. Die Gewerkschaften sollten eine Lohnsteigerung für die

Sommerszeit, vom 10. Mai bis 1. Oktober bewilligen. Das genügt den Arbeiterinnen nicht. Mittags 12 Uhr am selben Tage führten die sämtlichen 88 Mann ihre Pferde nach den Ställen und stellten die Arbeit ein. Die Gütsbesitzer verletzten Tagelöhner und polnische Arbeiter unter Androhung eines Tagelohnes von 8,75 Mk. als Streikbrecher einzustellen. Aber nur drei, zur Arbeit völlig Untaugliche fanden sich. Die deutschen und polnischen Gutsarbeiter lehnten einmütig die Streikarbeit ab, trotzdem einige deshalb entlassen wurden. Schließlich blieben noch die Gutsinspektoren, die man früh 5 Uhr die Rübenwagen lenken sah. Nach 2 1/2 Tagen gab die Gütsbesitzer nach und gestanden eine sofortige Erhöhung der Wochenlöhne von 14 auf 15 Mk. für das ganze Jahr zu. Während der Erntezeit soll eine weitere Erhöhung eintreten. Die Bewegung hat somit für die Arbeiter einen glatten Erfolg gebracht und der Halberstädter Ortsgruppe des Verbandes ein halbes Hundert weiterer Mitglieder zugeführt.

Der Streik der Elektromonteur und Helfer in München, da nun eine endgültige Einigung über alle Differenzpunkte erzielt wurde, beendet. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen. Nach den Vereinbarungen beträgt die Arbeitszeit neun Stunden. Als Durchschnittslöhne wurden festgesetzt: für selbstständige Monteur 65 Pfg., für Monteur 68 Pfg., für Hilfsmonteur 48 Pfg. Alle bisherigen Löhne wurden vom 1. Oktober 1910 ab um 5 Pfg. erhöht, außerdem wurden mit 25 Prozent, Nachz., Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag vergütet.

Kommunales.

Rechtsanwälte als Stadtverordnete. Bisher war es in Mainz üblich, daß diejenigen Stadtverordneten, die in Rechtsanwaltschaft tätig sind, alle, gewöhnlich sehr lukrativen, städtischen Prozeßführungen unter sich teilten. Es kam sogar vor, daß Rechtsanwälte, die Stadtverordnete sind, wie es gerade hier der Fall war, die Stadt führten. Um diesen Mißstand zu beseitigen, wird die sozialdemokratische Fraktion der Mainzer Stadtverordneten eine Eingabe an die Bürgermeisterin richten, daß in Zukunft städtische Prozesse nicht mehr Rechtsanwälten übertragen werden, die dem Stadtverordnetenkollegium angehören.

Bei der Stadtverordnetenwahl 3. Klasse in Mühlheim am Rhein erzielten unsere Parteigenossen einen prächtigen Erfolg. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 2986 Stimmen, auf die des Zentrums 2780, auf die der Liberalen 446 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Zentrum statt. Die sozialdemokratische Stimmenzahl vermehrte sich seit dem Jahre 1908 um 743 oder 23 Proz., die des Zentrums nur um 91 oder 4 Proz. Die Liberalen verloren 334 Stimmen. Schon vor zwei Jahren hatten unsere Parteigenossen in der Stichwahl drei Mandate in der dritten Klasse erobert. Die Wahl wurde jedoch vom Zentrum angefochten und vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt, weil die Sozialdemokratie angeblich Terrorismus geübt habe. — Der Erfolg unserer Parteigenossen in Mühlheim ist besonders hoch zu veranschlagen, weil diese Stadt bisher vom Zentrum beherrscht wurde.

Aus dem Gerichtssaal.

Arbeitswilligenschein. Das Schöffengericht in Karlsruhe verurteilte den Genossen Schneider, den Leiter der dortigen Fleischer-Organisation, zu zwei Wochen fünf Tagen Gefängnis; zwei weitere Angeklagte wurden zu zehn bzw. zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Die Karlsruher Fleischer-Organisation hatte über ein Wurstwarengeschäft den Boykott verhängt und dem Karlsruher „Volksfreund“ mitgeteilt, daß in dem boykottierten Geschäft eine mit Würmern durchsetzte Speckseite verarbeitet worden sei. Darüber entrüstete sich der arbeitswillige Fleischergewerkschaftler Brandt und erklärte: Der Schuft, der das geschrieben habe, gehört aufgehängt! Die organisierten Gehilfen sagten dafür dem Brandt, als er abends das Geschäft verließ, ein paar derbe Wahrheiten; geschehen ist ihm aber nichts. Nur auf Grund der Aussagen dieses Arbeitswilligen wurde die obige hohe Strafe gegen die Angeklagten ausgesprochen. Berufung ist eingelegt.

Wegen Mordes an dem Veilker Gudeck wurde der Landwirt Sprenger von dem Ebinger Schwurgericht zum Tode verurteilt. — Wolffs Sächsischer Landesdienet meldet: Das Schwurgericht in Chemnitz verurteilte den 22jährigen aus Freiberg gebürtigen Barbiergehilfen Karl Gründig, der am 13. September in Burkardsdorf bei Burgstädt die bejahrten Gastwirtschweizerin Gweller in ihrem Hause durch Beiliede ermordet hat, wegen Doppelmordes zweimal zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Aus Nah und Fern.

Durch Spielen mit Streichhölzern verbrannten kürzlich mittags zwei Kinder in der Kanistraße 61 in Charlottenburg in der Wohnung des Elektrizitätsarbeiters Bagel. Als die Mutter von einer Aufwartestelle nach Hause zurückkehrte, fand sie die Kinder in der verqualzten Küche im Bett liegend tot vor. Das jüngste Kind, ein Knabe von 2 Jahren schlief in der Küche auf einem Feldbett, während der dreijährige Knabe Richard auf dem Fußboden spielte. Hierbei fielen dem Knaben Streichhölzer in die Hände. Plötzlich entzündete sich dann ein Holz und setzte das Feldbett in Brand. Zu wenigen Minuten fielen die Kinder in Flammen. Hausbesitzer alarmierten die Charlottenburger Feuerwehr. Als die Mannschaften gewaltsam in die Wohnung eindringen, fanden sie in der Küche den kleinen Billy schwer verbrannt auf dem Gängelstuhl des Bettes liegen. Der Tod war bereits eingetreten. Der dreijährige Richard lag auf dem Fußboden und hatte gleichfalls gefährliche Brandwunden erlitten, denen er auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlag. — Ein gleicher Fall ereignete sich in Erfurt. Dort spielten in der Wohnung des Schreibers Siebert in der Kleinen Herrenbergstraße nachmittags drei Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern und setzten die Betten in Brand. Die beiden jüngeren Kinder fanden den Erstickungstod. Das älteste ist an Rauchvergiftung lebensgefährlich erkrankt.

Ein dunkles Geheimnis. Nach über hundert Jahren ist man anhebend dem mysteriösen Verschwinden des englischen Seemanns am Vizeer Hofe Lord Bathurst, auf die Spur gekommen, der auf seiner Rückreise nach England im November 1899 nach Berkeley kam und seitdem nicht mehr gesehen wurde. Der Befehl war mit der Entropfen eingeholten, lag in einem Sackhose ab und war seit jenem Abend jenseits verschwunden. Die Affäre erregte damals ungeheures politisches Aufsehen. Allgemein wurde angenommen, daß Lord Bathurst auf Befehl Napoleons an die Côte gebracht worden sei, weil er gegen den auf der Höhe seiner Macht stehenden Kaiser agierte.

Jetzt ist man in einem Waldchen, in dem vor 101 Jahren die Beinleiber des verschwundenen Lords gefunden wurden, beim Ausroden von Bäumen auf ein menschliches Skelett gestoßen, dessen Alter mit Sicherheit darauf schließen läßt, daß es etwa 100 Jahre dort gelegen hat. Es ist wahrscheinlich, daß es sich hier um die Überreste des verschwundenen Seemanns handelt. Wenn aber auch die Annahme zutrifft, wird der Fall Bathurst, der die Kriminalistik Jahrzehnte hindurch beschäftigt hat, doch ein unentdecktes Geheimnis bleiben.

Im letzten Stunde. Wie die „Evening Times“ mitteilt, hat Crippen ein Geständnis abgelegt mit einer grauenhaften Schilderung der Einzelheiten des Mordes. Heute schlägt seine letzte Stunde.

Wetterkatastrophe in Cochinchina. Aus Saigon wird gemeldet: Heftige Regengüsse gingen in der Provinz Quang-ngai nieder und richteten große Verheerungen an. Mehr als tausend Menschen sind ums Leben gekommen. 400 Barken sind verloren.

Sieben Personen ertrunken. Aus Nantes wird gemeldet: Ein Boot, in dem 17 Arbeiter und Arbeiterinnen über die Loire setzen wollten, prallte mitten auf dem Flusse gegen eine Leuchtbüchse und zerfiel. Sieben Arbeiter sind ertrunken. Die übrigen konnten sich retten, indem sie sich teils an die Leuchtbüchse klammerten, teils schwimmend das Ufer erreichten.

Sturm auf See. Ein am Montag in Bardö eingetroffenes russisches Postschiff berichtet über heftige Stürme an der ganzen Murmanküste. Acht Fahrzeuge mit zirka 40 Mann sind untergegangen, darunter ein Motorfahrzeug. Einige Leichen sind ans Land getrieben.

Ein Geständnis des Raubmörders. Ein interessantes Geständnis hat der am Freitag in Leipzig hingerichtete Raubmörder Karl Koppius noch am Abend vor seinem Tode dem Staatsanwalt abgelegt. Er hat zugegeben, daß jener unbekanntes „Mudolph“, den er in der Verhandlung vor den Geschworenen als den geistlichen Urheber und Leiter der von ihm und seinem Bruder verübten Verbrechen hinzustellen suchte, nur ein Produkt seiner Phantasie gewesen ist. Die Geständnisse „Mudolph“ hatte man eine Zeitung für wahrscheinlich gehalten. So glaubte man kürzlich noch, daß der Anfang dieses Monats in Leipzig verhafteter Expresster Hommes, der ebenfalls Erpressungsversuche an dem Jahaber der Verlagsbuchhandlung Weber begangen hatte, jener Unbekannte sei, eine Annahme, die sich allerdings als unhaltbar erwies.

Ein amerikanischer Diebstahl. Nach einer Matin-Depesche aus New York wurde dort einer der größten Betrugsfälle der letzten Jahre entdeckt. Die Gerbrüder Burr, Direktoren der im Jahre 1907 gegründeten Flat Iron Building Company, sind in ihren Büros verhaftet worden. Gegen die Verhafteten liegen von den Aktionären des Unternehmens Hunderte von Anzeigen vor wegen Erteilung falscher Auskünfte über die finanzielle Situation von 30 Gesellschaften, die zusammen ein Kapital von 500 Millionen repräsentieren. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die in Frage kommenden Gesellschaften (Zink-, Kupfer- oder Goldminen und Petroleumländer) größtenteils nicht vorhanden sind. Einige befinden sich in Konkurs, andere hatten überhaupt nie existiert. Man schätzt die Summe, um welche die Aktionäre betrogen worden sind, auf mehr als 50 Millionen Dollars.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Von der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.

Eigenartige Zustände sind gegenwärtig auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft vorhanden. Der Meister Westfahl, welcher der Leitung des Schiffbaues vorsteht, ist anscheinend dieses Postens nicht in vollem Maße gewachsen. Was ihm jedoch an praktischen Kenntnissen zur Bekleidung dieses Postens fehlt, scheint er durch eine schlechte Behandlung der Arbeiter wieder ersetzen zu wollen. Es sind bereits Entlassungen erfolgt, weil die betreffenden Arbeiter sich solche Behandlung nicht so ohne weiteres gefallen lassen wollten. In solchen Fällen verstand es der Meister Westfahl dann äußerst geschickt, sich beim Betriebsmeister Jansen als der Verleumdete oder Bedrohte hinzustellen. — Als ein Arbeiter muß es auch noch bezeichnet werden, daß beim Kran keine Ketten und Stropfen vorhanden sind. Anstatt hier nun für Abhilfe zu sorgen, zieht dieser Meister es vor, die Lasten in die ersten besten Stropfen, die gefunden werden, einhängen zu lassen, einerlei, ob sie der Stärke entsprechen oder nicht. Es ist hierbei schon einige Male vorgekommen, daß die Stropfen gerissen und die Last heruntergestürzt ist und muß es als ein Wunder bezeichnet werden, daß Arbeiter bisher hierbei nicht verunglückt sind. Überhaupt scheinen die Unfallverhütungsvorrichtungen für diesen Meister nur auf dem Papier zu stehen. Vor nicht allzu langer Zeit, wie dieser jegliche Meister Westfahl noch sein Brot als Schiffszimmerer verdienen mußte, konnte er sich auch recht gut anders verdienen. Und es wird gewiß noch vielen Lübecker Arbeitern bekannt sein, daß er damals Vorstandsmitglied einer freien Gewerkschaft war — deren Ziel doch die Ermöglichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. — Jeht scheint der Mann zu glauben, daß er als Meister die Arbeiter möglichst schlecht behandeln müsse. Auch ein Standpunkt! Mehrere Arbeiter.

Handels- und Markt Nachrichten.

Hamburger Sternhans-Biehmarkt vom 22. Novbr. Auftrieb 5450 Schweine. Markt langsam. — überstand 100 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 66,00 bis 67,00 (53,00 bis 53,50 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 65,00 bis 65,50 (52— bis 52,50) Mt. Mittelschwere, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,00 (50,50 bis 51,50) Mt. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,00 (50,50 bis 51,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 64,00 (45,50 bis 48,50) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 61,00 (48,00 bis 49,00) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 53,00 bis 58,00 (41,50 bis 45,00) Mt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: E. S. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer in Lübeck. Schmilch in Lübeck.

was sie in seinen Augen wert waren. Sie galten ihm als Frauennimmer, die er behandeln konnte, wie er Lust hatte, weil er zahlungsfähig war; auf die er nicht die geringsten Rücksichten zu nehmen brauchte. ...

Die Anderen.

Der Rechtsanwalt beugte sich über den Tisch. Sein harter Blick haarte wie festgenagelt auf dem Gesicht des Kammerjägers. ...

Aus den Wäldern.

Aus der Schule. „Nun, Hans, wie heißt das Gegenstand von Donarbeit? ...“

Altes Feuilleton.

Wie man Feuer lesen muß. Sehr viele Menschen nehmen Abstand von der Lektüre Feuerleser Schriften, weil sie mit der plattdeutschen Sprache nicht zu Hause kommen. ...

Die Ausnutzung der Wasserkräfte Schwabens.

Stärklich wurde der erste große Teil der nördlichen Kräfte anlage der ...

und wenn die Kräfte nicht nur des Zerschüttens, sondern auch ...

Er hat ein Weib! ...

Was hast du zu grinsen? ...

Rechtsverdreher! ...

„Gottgott, wie belfest du bist!“ ...

„Wie widerwärtig, daß sie sich ...“

„Du bist zu nuchtern, Mädchen!“ ...

„Wahrhaftig, das ist ein ...“

„Wahrhaftig, das ist ein ...“

„Wahrhaftig, das ist ein ...“

„Wahrhaftig, das ist ein ...“

Es gibt kein Ziffer, dem ich in diesen Jahren nicht getraut hätte. ...

Der Doktor hatte sie demüthigt und war sie suchen gegangen. ...

Der Doktor lag jetzt still neben ihr. ...

Der Doktor trug sie ihr Gesicht. ...

Die andern ... begann sie leise, hielt aber inne und lachte den Kommenben entgegen.

Es rief, so nahe leuchtete die Nacht ...

Julia.

Das Mikalamentisch Solist, der große Sonberling, ...

Der große Sonberling — selbst in der milden Stimmung vor einem Strichlager ...

Die freilich Solist zum Spokel wurde, ermanget nicht ...

einmal die Stillung von den vergewalteten ...

Über unbeschadet der Duelle, aus denen seine ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Es über die Ehegatten getrennt, dann muß ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Der Doktor sprach sich über die ...

Die Augenheilkur. ...

Die Augenheilkur. ...

Die Augenheilkur. ...

Die Augenheilkur. ...

Die Augenheilkur. ...

Für unsere Frauen.

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Für unsere Frauen.

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Man der ehelichen Lebensgemeinschaft. ...

Carl Folkers
Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.
 Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 Weitgehendste Garantie.
 Zimmereinricht. stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus
 auf eigenem Möbelwagen.
 : Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Damen-Frisieren, geschmackvolle
 Frisur 40 Pf.
 Sträßenstraße 6 II.

Gasenfelle,
 Kanin, Fild, Marber, Fuchs etc.,
Pferdehaare,
 Wähnen, Kuhschweißhaare etc. etc.
 kauft zu höchsten Tagespreisen
J. L. Würzburg, Wahnstraße
 22a.

Aus dem neu eingetroffenen
 Waggon
 empfehle hervorragend schöne
Berger Flomtheringe
 7 Stück 30 Pf.
H. H. Holtermann, Marktwiese 4.

Schwartau.

Achtung Maurer!
Versammlung
 Freitag, 25. Novbr.
 abends 8 Uhr
 bei Süke, Neusefeld.
 Tages-Ordnung:

Der deutsche Bauarbeiterverband
 und seine nächsten Aufgaben.
 Referent: G. Mügel, Lübeck.
 Kollegen, sorgt für einen zahlreichen
 Besuch.
 Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung

des
Sozialdemokr. Vereins
Schwartau Neusefeld
 am Donnerstag, den 24. Novbr.
 abends 8 1/2 Uhr.
 im Gasthof Transvaal.

Restaurant „Polierkrug“
 Schwartauer Allee 92.

Morgen Donnerstag, den
24. November 1910:

Auspielen
 von fetten Gänsen, Karpfen
 und Rindfleisch
 auf der Doppel-Regelbahn und auf
 einem Ziehbillard.
 Eintrag 50 Pf. Anfang morgens
 10 Uhr. Hierzu ladet freundlichst
 ein
F. Strohkarr.

Panorama
 Breitenr. 53 I., St.
 Vom 20. bis 26. November:
Schwarzwald
 von Freiburg i. Br.
 nach Badenweiler.

Zentral-Hallen
 Marlesgrube 20.
 Jeden Donnerstag:
Großes Tanzkonzert.
 Eintritt für Herren 25 Pf., für
 Damen 10 Pf., dafür Tanz-lehr.
H. Pagel.

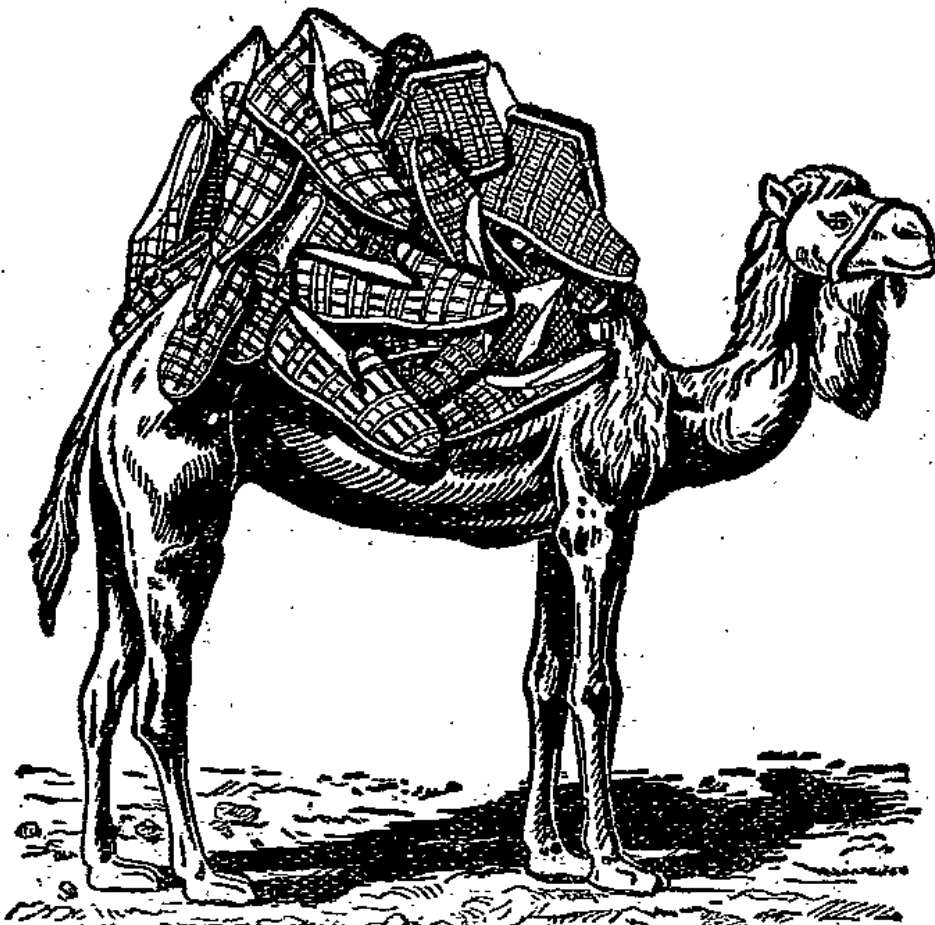
Gewerkschaftshaus Lübeck.
 Des I. Abonnementszeit findet unlängsthalber nicht
 heute, jeden Freitag, den 2. Dezbr.
 1910, statt.
 Die Zeitung.

Große Sonder-Ausstellung

von Fabrikaten aus Kamelhaar, speziell von
Kamelhaarschuhen

von Donnerstag, den 24. November, bis Sonnabend, den 3. Dezember.

Deutbar
 größte Auswahl!



Ueberraschend
 billige Preise!

Beachten Sie bitte
 unsere
 Schaufenster!

Diese Artikel eignen sich ganz besonders zu Weihnachtsgeschenken!

Conrad Tack & Cie. Verkaufshaus Lübeck:
 Breitestr. 47.

Für die Wäsche
 Zum Aufwaschen in der Küche

EPUR

Allerbestes
 Wasch-Reinigungs-
 und Spülmittel.

1/2 Pfund 60 Pfg.
 1/2 Pfund 30 Pfg.

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg, Weidenallee 6/12.

Achtung!
Schuhmacher!

Mitglieder-Versammlung
 Montag, 28. d. Mts.
 pünktlich 9 Uhr
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Vortrag des Genossen Diez über
 Gewerkschaft und Arbeitsfrage.
 3. Junere Verbandsangelegenheiten.
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen,
 in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Gasthof Kl. Mühlen.
 Am Sonntag, den 21. Novbr.:
Großes Berschießen
 wozu freundlichst einladet
Betty Stedt.

Als Bezugsquelle feinsten
Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurten etc.
 empfiehlt sich die Firma
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge), Fischerarabe 61.

Gesangverein „Eintracht“

Lieder-Abend
 (Duett- und Doppel-Quartett-Vorträge)
 mit nachfolgendem Ball
 am Donnerstag, 24. November 1910,
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
 Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Preis der Herrenkarte 30 Pf., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pf.,
 wofür Garderobe.
 Damenkarten sind nur an der Kasse zu haben. Mitglieder gegen Vor-
 zeigung ihrer Mitgliedskarte freien Eintritt.
 Der Vorstand.
 Karten sind zu haben bei: C. Wittfoot, Süßstraße 18, F. Lender,
 Süßstraße 24, und im Gewerkschaftshaus.

Hansa-Theater

Täglich abends 8 1/4 Uhr:
 Gastspiel des
Wiener Kunst-Theaters.
 Künstlerische Leitung:
Karl Langhammer.
Der Pfarrer
 von Kirchfeld.
 Volksstück
 von Ludwig Anzengruber.
 Vorzugskarten
 haben Gültigkeit.

Stadthallen-theater.
 Freitag, 25. Novbr. Abds. 8 Uhr.
 Gewöhnl. Pr. Duzendf. ungültig.
Einmal Gastsp. d. Ibsen-theater
Internat. Tournee Maria Rehoff
 mit eigenem Ensemble!
Wenn wir Toten erwachen.
 Schauspiel von Henrik Ibsen.
 Vorverkauf täglich in den bekannten
 Stellen bei Nagel, Markt 14 und
 Roß, Rohmarkt 18.

Neues Stadttheater.
 Donnerstag, 24. Nov. 7 1/2 Uhr.
 Außer Donnerst.-Ab. Erhöhte Pr.
 Einmal. Gastspiel d. Kgl. Kammer-
 fängerin **Mme. Sigrid Arnoldson**
 und des Herrn **Hans Siewert**
 vom Stadttheater in Hamburg.
La Traviata (Violetta).
 Oper von G. Verdi.
 Freitag, 25. November. 7 1/2 Uhr.
Madame Butterfly
 (Die kleine Frau Schmetterling).
 Oper von G. Puccini.
 In Vorbereitung! Neu!
Die geschiedene Frau.
 Operette von Ren. Fall.